

In der Senatssitzung am 23. Januar 2024 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Justiz und Verfassung

15.01.2024

L 18

Vorlage für die Sitzung des Senats am 23.01.2024

„Fälle von Sexualdelikten auf Bearbeitungshalde?“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

1. Wie viele Verfahren von Sexualdelikten wurden vor Gerichten im Land Bremen im Jahr 2023 geführt? (Bitte aufschlüsseln nach Opfergruppen: Frauen, minderjährige Jungen und Mädchen.)
2. In wie vielen dieser Verfahren von Sexualdelikten wurden im Land Bremen im Jahr 2023 Täter verurteilt? (Bitte aufschlüsseln nach Opfergruppen: Frauen, minderjährige Jungen und Mädchen.)
3. Wie viele Fälle von Sexualdelikten wurden im Land Bremen im Jahr 2023 von Polizei und Staatsanwaltschaft nicht bearbeitet? (Bitte aufschlüsseln nach Opfergruppen: Frauen, minderjährige Jungen und Mädchen.)

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen

Zu Frage 1:

Vor den bremischen Strafgerichten wurden im Jahr 2023 insgesamt 183 Strafverfahren wegen Sexualdelikten geführt. Davon sind derzeit noch 133 Strafverfahren gerichtsanhängig.

Insgesamt 221 Geschädigte sind in den noch anhängigen Strafverfahren namentlich erfasst. 167 dieser Geschädigten sind weiblich, 54 männlich.

Von den Geschädigten sind - jeweils bezogen auf die Tatzeit - 41 Kinder. Acht dieser Kinder sind Jungen, 33 sind Mädchen.

Zu Frage 2:

In den 50 weiteren Strafverfahren erfolgten im Jahr 2023 Verurteilungen.

Zu diesen Verfahren sind 74 Geschädigte namentlich erfasst. Sieben der Geschädigten sind – bezogen auf den Tatzeitraum – Kinder. Alle diese Kinder sind weiblich. Von den weiteren 66 Geschädigten sind 58 weiblich.

Zu Frage 3:

Bei der Polizei werden ausnahmslos bei jedem Sexualdelikt unverzüglich zu veranlassende, kriminalpolizeiliche Sofortmaßnahmen und mögliche Gefährdungslagen geprüft. Erforderlichenfalls werden Verfahren priorisiert bearbeitet.

Weder bei der Polizei noch bei der Staatsanwaltschaft bleiben Sexualverfahren unbearbeitet.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Von den Beschäftigten der Polizei im Land Bremen sind ca. 35 % Frauen und ca. 65% Männer. Bei der Staatsanwaltschaft sind 74% Frauen und 26% Männer beschäftigt. In 2023 waren in gerichtlichen Verfahren ca. 80% der Opfer weiblich.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage ist mit dem Senator für Inneres und Sport abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet nach Beschlussfassung im Senat. Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Justiz und Verfassung vom 15.01.2024 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion die CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.